

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

# SOZIALSTAAT Der Bürger muss auf Entzug

## Hinter der Schuldenkrise steckt ein noch größeres Problem: Das Versprechen der Wohlfahrtsstaaten lässt sich nicht mehr durchhalten. Doch wer reformiert die Demokratie?

\*Josef Joffe\*

Die Krise, die sich in dieser Woche zur Panik gesteigert hat, kennt viele Namen: Stagnation, Staatsbankrott, Arbeitslosigkeit, abstürzende Aktienmärkte. Dazu kommen noch die neuen Anglizismen: Default, Hair-Cut, Double Dip.

Gibt es auch einen gemeinsamen Nenner, der für Amerika und Deutschland, die beiden stärksten Volkswirtschaften des Westens, genauso gilt wie für die Pleitestaaten von der Biskaya bis zur Ägäis? Es gibt ihn, obwohl er von den täglichen Horrormeldungen verdeckt wird. Die Krise hinter der Krise ist die des demokratischen Wohlfahrtsstaates.

Wenn der Westen Panik und Pleiten halbwegs ungeschoren überlebt, wird er die tieferen Ursachen anpacken müssen. Der Kern ist der perfektionierte Wohlfahrtsstaat, diese stolze Errungenschaft, das Unterpfand der Demokratie, der seine Grenzen überschritten hat. Amerika, angeblich die Hochburg des Raubtierkapitalismus, bietet das beste Beispiel: Die Gesamtausgaben des Staates sind in diesem Jahrhundert von fünf auf 43 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) hochgeschossen.

In Deutschland lag die gesamte Staatsquote Mitte der fünfziger Jahre nur bei 30 Prozent, heute nähert sie sich der Hälfte des BIP. Schlimmer noch ist es in Frankreich, wo der Staatsanteil die Sechziger-Marke anpeilt. Natürlich stecken im

Haushalt auch Posten wie Verteidigung und Verkehr, die mit Sozialtransfers nichts zu tun haben. Aber überall im Westen machen diese den Löwenanteil aus - zum Beispiel in Deutschland mit 43 Prozent der Aufwendungen des Staates.

In den reicheren EU-Ländern saugen die Sozialausgaben ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes ab. Welch ein Paradox! Je größer der Wohlstand, desto höher die Sozialleistungen. Noch ein Paradox: Die "Staatsknete" fließt nicht etwa vom reichen Peter zum armen Paul, was im Sinne der sozialen Gerechtigkeit wäre. Die meisten Wohltaten genießt die Mittelschicht. Ein klassisches deutsches Beispiel ist die gebührenfreie Universität für Millionen von Studenten, die zu 80 Prozent der breiten Mitte und noch höheren Schichten angehören.

Was das mit der dräuenden Weltwirtschaftskrise II zu tun hat? Die Antwort ist simpel: Überall, von Washington bis Athen, hat der Staat längst den Punkt erreicht, wo er mehr verheißt, als er leisten kann, genauer: als wir, das Volk, bezahlen wollen. Das ist die zentrale Botschaft der Haushaltsdefizite und Schuldenberge, die die westlichen Volkswirtschaften zu erdrücken drohen. Das liegt nicht allein an den Rettungspaketen nach dem Crash von 2008. Selbst wenn man die dadurch verursachten steilen Anstiege herausrechnet, ändert das nichts am langfristigen Aufwärtstrend, der so alt ist wie die

Nachkriegszeit.

Nur: Die Krise mag vergehen oder eskalieren, aber wehe dem Staat, der seiner Mittelschicht ans Leder geht. Er kann die Reichen und die Armen schröpfen, nicht aber die Mitte, die allergrößte Gruppe, die sich auch zu wehren weiß - siehe die Rücknahme der Studiengebühren in Deutschland. Oder den kläglichen Waffenstillstand im US-Haushaltskrieg. In den nächsten zehn Jahren sollen zwar 950 Milliarden Dollar eingespart werden, aber ausgespart bleiben die Sozialausgaben, vor allem für Renten und Gesundheit, die nicht nur den Armen, sondern fast der Hälfte der Bevölkerung zugute kommen.

Die Defizite und Schulden, die überall nach 2008 explodierten, sind nur das Fettauge auf der Suppe: Das ist die tiefere Wahrheit. Angerührt haben die Suppe nicht die Märkte; die haben bloß die Flamme aufgedreht und den Topf zum Überkochen gebracht. Die Köche waren wir selber: Staat und Volk, die wie Dealer und Junkies eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, aber eine völlig legale. Der Dealer bietet scheinbar umsonst die süße Droge der Wohltaten an, der Kunde greift herzhaft zu und wird zum Süchtigen. Er will immer mehr, und die Regierung gibt es ihm, sie will ja die nächste Wahl gewinnen. Also schüttet sie Subventionen und Steuerprivilegien, Einkommenshilfen und Zuschüsse

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

aus, an Reich und Arm.

Die Rechnung kommt hinterher, in Form von Steuern und Abgaben, aber mit einer üblen Nebenwirkung. Der Staat gibt ständig mehr aus, als er einnimmt; deshalb die wachsenden Schulden. Den gemeinen Bürger würde ein solches Schneeballsystem ins Gefängnis bringen, aber wer verhaftet den Staat? Nicht wir, das Volk, denn wir leben nach der Devise: "Wenn man gibt, nimm; wenn man nimmt, schrei!"

Deshalb die Pleite von Griechenland und Co; deshalb wanken auch Amerika, England, Italien. Standard & Poor's hat Washington nicht wegen Wirtschafts-, sondern Politikversagen herabgestuft. Daraus folgt die zentrale Moral dieser Krise: Die Arge Dealer-Junkie gehört aufgelöst. Der Staat darf nicht mehr verheißen, als er liefern kann; er muss seine Bilanzen genauso in Ordnung bringen wie die Banken, Haushalte und

Unternehmen. Das heißt aber auch, dass wir, die Bürger, auf Entziehungskur gehen. Das Problem liegt leider auch auf der Hand: Ein Betrieb lässt sich manchmal sanieren, aber wer saniert die Demokratie?

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter:  
[gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)